

Parteigründer Lucke

„Das Tabu brechen“

Parteien Der Mailverkehr des AfD-Vorstands offenbart das wahre Gesicht des Frontmanns Bernd Lucke. Während er sich um ein bürgerliches Image bemühte, setzte er intern von Anfang an auf die Stimmen am rechten Rand. Dieses Doppelspiel holt ihn jetzt ein.

In der Nacht zum 7. Februar 2013 setzt sich Bernd Lucke an seinen Computer und verschickt eine Mail, deren Inhalt die politische Landschaft in Deutschland umpflügen wird.

Sie wird dafür sorgen, dass der FDP bei der Bundestagswahl im darauffolgenden September die entscheidenden Stimmen für den Einzug in den Bundestag fehlen, sie ist mit ein Grund dafür, dass die CDU in Thüringen nach 24 Jahren die Macht verliert. Seit Bestehen der Bundesrepublik hat die Union verhindert, dass sich dauerhaft eine demokratische Partei rechts von ihr im deutschen Parteiensystem etabliert. Das könnte sich nun ändern.

„Parteigründung“ steht in der Betreffzeile.

Lucke hätte sich bis zum nächsten Morgen Zeit lassen können. Die Sitzung im Evangelischen Gemeindezentrum von Oberursel war zäh und ermüdend. Aber Lucke ist akribisch bis an den Rand des Pedantischen, das werden seine Parteifreunde in den folgenden Monaten noch oft genug merken. Er legt sich nicht schlafen, sondern schreibt an seine Parteifreunde:

„Die folgenden Informationen sind bis auf Weiteres vertraulich, aber wichtig: Wir haben heute in einer langen und teilweise wirklich schwierigen Sitzung eine neue Partei gegründet. Sie heißt Alternative für Deutschland und Europa. Ich glaube, dass dies inhaltlich eine sehr gute Wahl ist, denn der Name drückt genau das aus, was wir wollen: Veränderungen für Deutschland und ein anderes Europa … Er betont das nationale Interesse, ohne nationalistisch zu sein, und er ist europakritisch, aber nicht europafeindlich.“

Lucke verschickt die Mail um 1.35 Uhr von seinem privaten Google-Mail-Account und vergisst nicht zu erwähnen, wer die neue Partei führen wird. Es ist eine illustre Gesellschaft, die sich da zusammenfindet: Neben Lucke sind es unter anderen der Publizist Alexander Gauland und die Unternehmerin Frauke Petry.

Lucke ist ein schmaler, asketischer Volkswirtschaftsprofessor aus Hamburg, der über komplizierte konjunkturelle Rechenmodelle habilitiert hat und dessen wissenschaftliche Karriere solide, aber glanzlos verlief. Er redet schnell und präzise, wenn auch völlig ohne Humor. Lucke glaubt an die Macht der Zahlen und an die Autorität von Verträgen. Wenig treibt ihn mehr um als der Gedanke, dass die Griechen Schulden machen, obwohl sie das doch eigentlich gar nicht dürften.

Gauland könnte man für einen pensionierten Lateinlehrer halten, wäre da nicht seine Lust an der Rauferei, die jetzt, in seinem 74. Lebensjahr, noch mal aufglimmt. Gauland galt mal als Musterbeispiel des national-konservativen CDU-Funktionärs, Martin Walser hat ihn in dem Roman „Finks Krieg“ als verschlagenen Staatskanzleichef Tronkenburg beschrieben.

Petry ist eine Frau von 39 Jahren, nicht ohne Charme, aber konservativ bis auf die Knochen. Die promovierte Chemikerin lebt mit ihrem Ehemann, einem evangelischen Pastor, und ihren vier Kindern im Pfarrhaus des sächsischen Weilers Tautenhain. Wie Gauland will sie die AfD von Anfang an zu einer „rechten demokratischen“ Partei formen. Später wird sie das auch öffentlich sagen.

Im Februar 2013 sprach nichts dafür, dass der neuen Partei ein dauerhafter Erfolg vergönnt sein würde. Gerade hatten die Piraten erleben müssen, wie schwer es ist, sich im deutschen Parteiensystem zu behaupten. Sie schafften zuerst einen furiosen Aufstieg und verglühten dann in der rauen Atmosphäre der politischen Wirklichkeit. Warum sollte es der AfD besser gehen? Doch knapp zwei Jahre später sitzt die Partei in drei Landtagen und im Europäischen Parlament in Brüssel, ihre Umfragewerte im Bund liegen stabil über fünf Prozent. Kürzlich wollte sich Mike Mohring, der Thüringer CDU-Fraktionschef, mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen lassen.

Wie gelang der AfD ein solcher Aufstieg? Der SPIEGEL konnte in den vergangenen Wochen über 3000 Mails einsehen, sie reichen vom Februar 2013 bis zum Januar 2015 und umfassen einen Gutteil des Schriftverkehrs zwischen den AfD-Vorständen. So entsteht ein einzigartiger Blick in die Gründungsphase der AfD, aber auch auf die Richtungskämpfe, die nun die Partei erschüttern.

Keine zwei Jahre nach Gründung der AfD schmähen die Anführer einander als „Kontrollfreaks“ und „Intolerante“, tragen Konflikte über öffentliche Briefe aus. Auch auf grundlegende politische Positionen können sich die AfD-Chefs nicht mehr einigen. Das zeigen die Reaktionen der Parteispitze auf den Terroranschlag gegen das Satiremagazin „Charlie Hebdo“. Erst meldete sich Gauland zu Wort, für den die „Bluttat“ der Beweis war, dass die antiislamische Pegida-Bewegung zu Recht vor dieser Religion warnt. Einen Tag später widersprach Bundessprecher Lucke: „Man darf nicht die Gewalttat zweier Extremisten einer ganzen Religionsgemeinschaft anlasten, deren Großteil aus friedliebenden, unbescholtenen Menschen besteht.“

Es ist nicht ohne Ironie, dass sich ausgerechnet Lucke zum Anführer einer neuen rechten Bewegung aufschwang. Der Professor für Makroökonomie ist eine speziell deutsche Ausfertigung des Populisten. Viel wurde gespottet über den 52-jährigen Familienvater, der die Strickpullis seines Vaters aufträgt und sonntags mit seiner sechsköpfigen Familie zum Gottesdienst in die Evangelisch-reformierte Kirche an der Hamburger Ferdinandstraße fährt.

Der Öffentlichkeit stellte sich Lucke als seriöser Wissenschaftler vor, den die Sorge um das Wohl des Landes in die Politik getrieben habe. Doch in seinen Mails lernt man einen ganz anderen Professor Lucke kennen, einen Mann, der im politischen Nahkampf keine Grobheiten scheut und der fähig ist, sehr flexibel mit seinen Überzeugungen zu verfahren, solange es beim

Datum: 3. April 2013, 00.22 Uhr
Von: Bernd Lucke
An: AfD Landesvorsitzende, Landesbeauftragte
Betreff: WICHTIG: Vorstandswahl

„… Für den Parteivorstand sind bis heute bereits über 100 Kandidaturen eingegangen, Tendenz ungebrochen steigend. Die weitaus meisten Kandidaten sind uns völlig unbekannt. Es besteht die große Gefahr, dass hier ein arbeitsunfähiger Vorstand gewählt wird. Wir dürfen deshalb als Parteiführung nicht in falsch verstandener Neutralität schweigen. Deshalb möchte ich Sie bitten, uns Kandidaten zu empfehlen, die sich … bewährt haben.“

FOTO: OLAF BALLNUS / AGENTUR FOCUS / XXPOOL

Wähler ankommt. In Interviews wehrte sich Lucke vehement gegen den Vorwurf, er führe die AfD an den rechten Rand. Liest man seine Mails, dann wird klar, wie sehr er sich von Anfang an um Stimmen der Extremen bemühte und auch versuchte, den Provokateur Thilo Sarrazin dafür einzuspannen. Die Geschichte um Lucke ist aber auch die eines Mannes, der die rechten Geister, die er rief, am Ende nicht mehr loswird.

Man kann sich den politischen Betrieb wie einen Jahrmarkt vorstellen, auf dem sich neben den großen Fahrgeschäften auch allerlei kleine Gaukler und Schausteller tummeln, die um die Gunst des Publikums buhlen. Wer neu ist auf dem Rummelplatz, muss erst einmal Krach machen.

Im März 2013, keine vier Wochen nach der Nachtsitzung von Oberursel, machen Meldungen die Runde, dass die EU ein Paket zur Rettung zyprischer Banken auflegen will. Sie sind ein Geschenk für die junge Partei, da die Banken in Zypern lange vom Vermögen windiger russischer Oligarchen profitierten. Nun müssen ausgerechnet diese Institute auch mit dem Geld braver deutscher Steuerzahler saniert werden.

Lucke sieht, welches Erregungspotenzial in der Geschichte steckt. Er plant eine spektakuläre PR-Aktion: „Mein Vorschlag ist, mit einer Ordnungswidrigkeit auf den Rechtsbruch aufmerksam zu machen“, schreibt Lucke am 3. März an seine Vorstandskollegen. „Wir machen (mit möglichst vielen Berliner Unterstützern) eine Sitzblockade vor dem Finanzministerium in Berlin … Ich vermute, das Finanzministerium hat eine Tiefgarage o. Ä. Wir blockieren in den Morgenstunden (ca. 8.00–9.30 Uhr) die Einfahrt und verursachen damit einen schönen Verkehrsstau. Da bleiben wir, bis die Polizei uns wegträgt oder Wasserwerfer einsetzt oder andere kameratataugliche Operationen vornimmt … Wenn wir diese Aktion morgens machen (und danach vielleicht erkennungsdienstlich behandelt werden), sind wir um 12.00 Uhr wieder beisammen und können friedlich unsere Vorstandsklausur machen.“

Nur mühsam können gemäßigte Parteimitglieder Lucke die Idee ausreden. Aber sein Signal an die AfD ist klar: Krawall ist erwünscht.

Es ist ein neuer Bernd Lucke, der hier auftritt. Er hat nichts mit dem braven Wissenschaftler zu tun, der sich 1997 an der Freien Universität Berlin mit „Beiträgen zur Theorie und Empirie realer Konjunkturzyklen“ habilitiert hat. „Lucke war damals eher ein Nerd, der ganz in seinem Fachgebiet aufging und sich kaum an unseren politischen Debatten beteiligte“, sagt Alexander Dilger, Betriebswirtschaftsprofessor aus Münster und zeitweise auch AfD-Aktivist. Dilger kennt Lucke seit über 20 Jahren, aus dem Doktorandenseminar.

Irgendwann irritierte es den kühlen Rechner Lucke, wie hartnäckig die Politik sich der Logik der Zahlen verweigerte. Die Verwunderung wuchs zur Empörung, dann zum heiligen Zorn eines Experten, der sich im Recht sieht. Lucke hatte ja alles durchgerechnet. Politiker lügen, Zahlen nicht. So sieht es Lucke. Dass die Bundesregierung Schuldenberge anhäufte, an einer europäischen Einheitswährung bastelte und diese in der Krise auch noch um jeden Preis erhalten wollte, erschien ihm unerträglich, gegen jede Vernunft.

Anfangs kam Luckes Protest im Gewand der wissenschaftlichen Expertise daher. Mit seiner Kritik an der Europolitik der Kanzlerin war sich Lucke einig mit vielen Kollegen. Doch der Eifer, mit dem Lucke seine Thesen vortrug, unterschied ihn von anderen Ökonomen, die einsehen, dass Volkswirtschaft keine exakte Disziplin ist.

Für den Zahlenmenschen Lucke mündet fast jedes Problem in einer binären Lösung, in eins oder null. Mittelwege, Kompromisse, wie sie die Politiker der so verachteten „Altparteien“ täglich suchen und akzeptieren müssen, sind Lucke suspekt. Wenn er sich im Recht sieht, ist er unerbittlich.

Das Problem des Politikers Lucke ist, dass die Eurokrise ihren Höhepunkt bereits überschritten hat, als sich die AfD gründet. In seinen Augen ist das nur eine Scheingesundung, das Ergebnis der Palliativmedizin der Europäischen Zentralbank. Aber Lucke merkt, dass er immer schriller werden muss, um Gehör zu finden. Er überlegt sich zunächst nur kleine Änderungen. Die Partei solle den Rufnamen „Anstoß“ erhalten, fordert er per Mail, der Name spreche auch „ungebildete Wähler“ an. Die Kollegen, allen voran Petry, winken ab.

Dann trifft Lucke die Entscheidung, das Angebot der AfD zu verbreitern. „Wir müssen mehr als nur europäische Forderungen vertreten, sonst wirft man uns vor, wir seien programmatisch zu dünn“, schreibt er am 22. Februar 2013 an seine Vorstandskollegen. „Ins Wahlprogramm gehören nur die Punkte mit Schmackes. D. h. die Punkte, die populär sind (weil sie richtig sind) und die uns von den anderen abheben. Phrasen und Plattitüden, die jeder unterschreiben kann, sind fehl am Platze. Sprachlich müssen wir dem Volk aufs Maul schauen. Kurze Sätze, wenig Fremdwörter, anschauliche Beispiele … Ein vergeistigter Feuilletonstil ist nicht gefragt.“

Lucke öffnet damit die Büchse der Pandora. In der AfD wünschen sich viele Mitglieder, dass die Partei eine scharfe Linie in der Ausländerpolitik vertritt und sich absetzt von der liberalen Gesellschaftspolitik von SPD und CDU. Luckes Mail wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Er muss nicht lange warten. Das damalige Vorstandsmitglied Markus Keller antwortet:

„Haben wir nicht die Chuzpe, einen ungebremsten Zuzug von Ausländern in unsere Sozialsysteme abzulehnen? … Es ist vielleicht ein heikles Thema, aber zu wichtig und zu ernst, um auf dem Altar der Political Correctness geopfert zu werden. Wenn man in unserem Land nicht mehr die Wahrheit sagen darf, weil es einigen nicht passt, dann gute Nacht.“

Lucke gibt Keller recht. Bald druckt die AfD ein Plakat mit dem Slogan: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“. So plakatiert auch die NPD.

Lucke sorgt auch dafür, dass aus der AfD kaum liberale Töne zu hören sind. Im Juni 2013 urteilt das Bundesverfassungsge-

Datum: 22. Februar 2013, 18.13 Uhr
Von: Bernd Lucke
An: Bundesvorstand der AfD
Betreff: Superwichtig und supereilig

„… Grundsätzlich ist das Programm zwar schon drastisch, aber manches kann man im Wahlkampf weiter zuspitzen. Das ist so gewollt. Im Augenblick ist es wichtig, dass wir auch die Leute zum Eintritt in die AD bewegen, die nicht die radikalsten Lösungen wollen. Wir lassen z. B. nationale Währungen oder kleinere Verbünde (Nordeuro, Südeuro z. B.) zu. Einen einseitigen Euro-Austritt Deutschlands will ich nicht fordern. Das wäre rechtswidrig …“

Datum: 29. November 2013, 13.24 Uhr
Von: Bernd Lucke
An: Bundesvorstand der AfD
Betreff: Protokollgenehmigungen

„Liebe Freunde, wir müssen noch weitere Protokolle genehmigen.“

Protokoll Vorstandssitzung v. 18. Juli 2013, Top 13 (Verschiedenes) Beschluss Wahlkampfbudget:

- TV-Spot Produktion: 30 TEUR
- TV-Spot Schaltung: 220 TEUR
- Plakate 10 TEUR
- Lucke und die Kanzelette 15 TEUR
- 3 x AfD-Mobil 60 TEUR
- Flyer 300 TEUR (verteilen lassen)
- Guerilla-Aktion (noch zu spezifizieren) 65 TEUR
- Gesamt: 700 TEUR



Sächsische AfD-Landeschefin Petry: „Ich bin ziemlich sauer!“



Brandenburgs AfD-Chef Gauland: Die AfD hat die Rauflust in ihm geweckt

richt, das Ehegattensplitting stehe auch schwulen Paaren zu. AfD-Pressesprecherin Dagmar Metzger will ein Statement herausgeben, das das Urteil ausdrücklich lobt. Metzger ist eine der wenigen Liberalen in der AfD, sie war lange FDP-Mitglied und hat ideologisch nichts gemein mit Parteifreunden wie Gauland oder Petry, die auch auf Stimmen der Homophoben hoffen.

Auf Metzgers Vorschlag erwidert Petry kühl, sie denke nicht, dass die AfD mit solchen Erklärungen „viel gewinnen“ könne. Die Pressesprecherin schreibt daraufhin eine wütende Mail an den Parteivorstand. Es könne der Eindruck entstehen, „wir sind eine Art deutsche Tea Party, für Betreuungsgeld und gegen die Homo-Ehe, das muss ich nicht gut finden!“

Lucke, der meist peinlich genau darauf achtet, dass keiner den Komment der Partei verlässt, antwortet ihr: „Liebe Dagmar, das ist nicht richtig. Richtig ist, dass wir uns auf die wichtigsten Probleme Deutschlands konzentrieren, statt Nebenkriege zu führen. Zum Betreuungsgeld oder zur Homo-Ehe kann jeder seine eigene Meinung haben.“ Aber Lucke kann nicht entgehen, dass AfD-Sympathisanten über Homosexuelle als „promillegroße Minderheitenmilitanz“ lästern.

Lucke versteht es virtuos, mit dem rechten Rand zu flirten. Der Aufstieg der AfD erklärt sich auch mit dem bürgerlichen Gewand, in dem die neue Partei daherkommt. Lucke hat nichts gemein mit dem dumpfen Hass, den die NPD predigt. Aber er sieht, dass sich eine Lücke auftut zwischen dem unverhohlenen Rechtsextremismus einer NPD und der neuen, durchmodernisierten Merkel-CDU. Diese Lücke will er besetzen. Sein Verhältnis zu den Rechten ist rein zweckgerichtet.

Über Jahrzehnte war sich die Union nicht zu schade, auch jenes Milieu anzusprechen, in dem Ressentiments gepflegt wurden und wo man herzlich über Schwulenwitze lachen durfte. Anfang der Siebzigerjahre rief Franz Josef Strauß auf einer Wahlkampfveranstaltung: „Lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder.“ Es regte niemanden auf. Heute hat die Union Frieden mit der Homo-Ehe geschlossen. Auch bei anderen Themen wird die Partei immer liberaler: Dieser Tage bekräftigte Merkel, der Islam gehöre zu Deutschland.

Diese Entwicklung ist aus Sicht der Parteiführung ein Fortschritt. Andererseits marschiert die CDU schneller als manche ihrer Wähler, und die Zurückgebliebenen will Lucke einsammeln. Er versteht sich auf die Kunst der Zweideutigkeit. Lucke spielt mit der Sympathie der Rechtsradikalen, doch wenn ihm das vorgehalten wird, weist er es als infame Unterstellung zurück.

Als sich der ehemalige Fußballprofi Thomas Hitzlsperger als schwul outet, sagt Lucke: „Ich hätte es gut gefunden, wenn Herr Hitzlsperger sein Bekenntnis zu seiner Homosexualität verbunden hätte mit einem Bekenntnis dazu, dass Ehe und Familie für unsere Gesellschaft konstitutiv sind.“

Nach diesen Worten erreichen Lucke empörte Mails, auch von schwulen AfD-Mitgliedern. Lucke antwortet: „Die Berichterstattung in der Presse ist (mal wieder) falsch … Ich habe in meiner Rede kritisiert, dass die Medien zwei Tage lang Hitzlsperger wegen seines ‚Muts‘ gefeiert haben. Ich habe gesagt, dass zwölf Jahre nach Wowereit und nachdem man sich längst an einen schwulen Außenminister gewöhnt hatte, ich keinen besonderen Mut darin erkennen kann, wenn jemand öffentlich zu seiner Homosexualität steht … Es ist bezeichnend, dass die Medien die Kritik an den Medien überhört und in eine Kritik an Hitzlsperger umfunktioniert haben.“

Die Strategie Luckes ist einfach. Er will mit seiner Kritik an Hitzlsperger all jene ansprechen, die denken, Schwule und Lesben sollten sich am besten unauffällig verhalten. Aber diese Meinung ist nicht mehr salonfähig, also packt er sie zwischen die Zeilen. Wenn es Kritik gibt, dann schiebt er das auf eine falsche Interpretation der „Mainstream-Medien“, die bei AfD-Anhängern ohnehin wenig Vertrauen genießen.

Lucke ist sich auch nicht zu schade, Ressentiments gegen Politiker zu schüren, wenn ihm das nutzt. Im Juni 2013 trifft sich die AfD-Spitze, um über Slogans für den Wahlkampf zu beraten. Im Protokoll der Sitzung heißt es: „Bernd Lucke hob hervor …, im Slogan müsse der Protestgedanke zum Tragen kommen, dies könne ruhig auch aggressiv geschehen, z. B. ‚Politiker sind machtgeil‘. Wir müssten provozieren.“ Das passende Publikum sucht Lucke gezielt aus. Als die Vorstände debattieren, wie das Geld für Werbespots im Privatfernsehen aufgeteilt werden soll, insistiert Lucke: „Der Löwenanteil sollte bei RTL laufen und nur ein bisschen bei n-tv.“

Für die AfD beginnt der Bundestagswahlkampf 2013 durchwachsen. Im Juni, nur zwei Monate nach der offiziellen Gründung, zählt sie schon über 10 000 Mitglieder. Doch in Umfragen liegt sie bei allenfalls drei Prozent, was auch daran liegt, dass der Partei ein bekanntes Gesicht fehlt.

Lucke kommt deshalb auf die Idee, Thilo Sarrazin zum Stargast der AfD-Kampagne machen. Sarrazin ist wie gemacht für die AfD, ein ehemaliger Finanzsenator und Bundesbankvorstand, der ein Buch schrieb über die vermeintliche Überfremdung des Landes, über die „Fäulnisprozesse im Inneren der Gesellschaft“. Sarrazin ist das, was die AfD erst noch werden will: über die Maßen erfolgreich. Sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ ging 1,5 Millionen Mal über den Ladentisch, es ist eines der bestverkauften Sachbücher in der Geschichte der Bundesrepublik.

FOTOS: HENNING SCHACHT (L.); MARTIN JEHNICHEN / DER SPIEGEL (R.)

Lucke hatte Sarrazin schon zum Gründungsparteitag im April eingeladen, aber der Auftritt zerschlug sich im letzten Moment. Nun nimmt er einen neuen Anlauf. Am 31. Juli 2013 schreibt Lucke in einer Mail an seine Vorstandskollegen Gauland und Konrad Adam: „Wir müssen noch einmal einen Tabubruch begehen, um Aufmerksamkeit zu kriegen. Das machen wir, indem wir Herrn Sarrazin vereinnahmen. Das kann uns viel Aufmerksamkeit, Kritik der linken Presse und viel Zuspruch in der Bevölkerung einbringen."

Lucke schlägt vor, die Parteibasis unter dem Motto „Mut zur Wahrheit" abstimmen zu lassen, welches Buch in der Vergangenheit von der „herrschenden Politik" zu Unrecht ignoriert worden sei: „Die Abstimmung verbinden wir mit der Maßgabe, dass wir uns im Bundestag der Missstände annehmen wollen, die im Buch aufgezeigt und von den Altparteien ignoriert werden … Die Abstimmung unter unseren Mitgliedern ist also zugleich eine Art das schmale Parteiprogramm erweiternder Arbeitsauftrag für die künftige Fraktion."

Lucke lässt in der Mail kaum Zweifel daran, dass sich die AfD-Basis mehrheitlich für das Sarrazin-Buch als eine Art inoffizielles Parteiprogramm entscheiden wird.

„Die Reaktionen der linken Presse werden nicht ausbleiben", freut sich Lucke, „aber Sarrazin ist nun mal immer noch SPD-Mitglied, sodass der Vorwurf der Rechtslastigkeit nicht so recht verfangen wird. Ich denke, auch ‚Bild' wird diese Diskussion nicht ignorieren können. Selbst wenn ‚Bild' dann negativ über uns schreibt, wird sich das auf unser Wahlergebnis positiv auswirken, weil genug ‚Bild'-Leser mit Sarrazin Positives assoziieren."

Lucke verteidigt den Plan bis heute: „Die Ehrung Sarrazins wäre ein Tabubruch gewesen, weil er ja von manchen politisch Oberkorrekten zur Persona non grata erklärt worden ist", sagte er.

Die Abstimmung geht aus wie geplant: Die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer stimmt für das Sarrazin-Buch. Doch am Ende scheuen Luckes Vorstandskollegen davor zurück, den Provokateur einzuspannen. Die Aktion verläuft im Sande.

Politik ist für Lucke Organisation. Es gibt kaum ein Detail, um das er sich nicht persönlich kümmern würde. Der Aufstieg der AfD ist auch Ergebnis seines Mikromanagements. Soll es beim Gründungsparteitag Verpflegung geben? „Ich plädiere für einen billigen Saal ohne Catering. Es ist keine Schande, sich ein paar Butterstullen mitzubringen, schon gar nicht für eine Partei, die sich für Sparsamkeit einsetzt."

Wer soll die AfD überhaupt führen? „Für den Parteivorstand sind bis heute bereits über 100 Kandidaturen eingegangen, Tendenz ungebrochen steigend", meldet Lucke Anfang April in einer Rundmail an die vorläufigen Landeschefs der AfD. „Die weitaus meisten Kandidaten sind uns völlig unbekannt. Es besteht die große Gefahr, dass hier ein arbeitsunfähiger Vorstand gewählt wird." Dabei kennt Lucke viele Mitstreiter, er muss ja ständig Konflikte schlichten, die überall aufflammen. „Mir stehen die Haare zu Berge, wenn ich sehe, was in NRW an Hahnenkämpfen tobt", schreibt er den Vorstandskollegen Ende März.

Die Parteifreunde ermahnt Lucke, sich zu schonen und beim Einsatz für die AfD nicht aufzureiben: „Warten Sie nicht, bis Sie nicht mehr können. Viele von uns arbeiten mit großem Einsatz, aber es nützt nichts, wenn Sie sich selbst überfordern." Lucke selbst schont sich nicht. Er verschickt seine Mails oft mitten in der Nacht.

Er sorgt zudem dafür, dass die Kanzlerin, wohin sie auch geht, Begleitung hat. „Frau Merkel tourt im Wahlkampf durchs Land. (Schäuble vermutlich auch)", schreibt Lucke am 25. Juli an seine Landesvorsitzenden. „Könnte bitte jeder Landesverband unverfänglich bei der Pressestelle der Bundesregierung erfragen, wann Frau Merkel wo auftritt, und dann organisieren, dass sie nie auftritt, ohne unter ihren Zuhörern möglichst viele Menschen mit AfD-T-Shirt, AfD-Flugblättern, AfD-Plakaten, AfD-Luftballons etc. zu haben? (Störungen mit Trillerpfeifen etc. sollten wir nicht machen, aber sonst sollten wir in jederlei Hinsicht sichtbar sein)."

Lucke erklärt dazu: „Die Altparteien wollten uns im Wahlkampf totschweigen. Da lag es nahe, bei Terminen der Kanzlerin auf uns aufmerksam zu machen."

Innerhalb weniger Monate entwickelt sich der Ökonom zum Experten für politische PR. Am 24. August 2013, mitten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs, wird Lucke bei einem Auftritt in Bremen von zwei Randalierern von der Bühne geschubst. Seine Presseleute sorgen umgehend dafür, dass das Video Verbreitung findet, und versenden eine Mitteilung mit der Überschrift: „AfD-Wahlkampfveranstaltung von Autonomen gestürmt".

Am folgenden Tag bedankt sich Lucke überschwänglich für den geglückten Coup: „Prima. Ich habe das Video über den Überfall heute Morgen schon bei n-tv gesehen. Insgesamt große Resonanz. Sehr gut!" Dann schlägt Lucke vor, die Sache noch einmal auf der für den Folgetag geplanten Pressekonferenz zu thematisieren: „Ich würde den Fragen diesen Dreh geben:

Datum: 11. September 2013, 15.59 Uhr
Von: Hasso H., Mitglied im Landesverband Berlin
An: Bundesvorstand AfD
Betreff: Sorge

„Aus Sorge um unsere Partei … möchten wir auf folgende Umstände aufmerksam machen. Bei unseren Wahlkampfauftritten auf den Straßen Berlins machten sehr viele Personen folgende Aussagen: Wenn ihr in den Bundestag kommt, werden wir Mitglied der AfD. Sind wir erst in der Mehrheit, werden wir den richtigen Kurs vorgeben. Bei Nachfrage, ob sie schon einer Partei angehört hätten, kam: Ich war Mitglied bei der NPD, der Partei ‚Die Freiheit', Republikaner, DVU …"



Parteichef Lucke bei AfD-Wahlparty*: „Sprachlich müssen wir dem Volk aufs Maul schauen"

FOTO: CHRISTIAN CHARISIUS / DPA

* Am 22. September 2013 in Berlin.

1. Es gibt bei uns seit Jahrzehnten eine gewaltbereite linksradikale Szene, gegen die viel zu wenig getan wird. Man sollte denen mal dieselbe Aufmerksamkeit widmen wie der rechtsradikalen Szene. Da wird gerade bei uns akribisch alles auf Rechtsverdacht untersucht, aber auf dem linken Auge ist der Staat blind und lässt diesen Leuten viel zu viel Raum.

2. Die Permissivität des Staates beschränkt sich nicht nur auf den politischen Linksradikalismus. Auch im Bereich der Kriminalität unterhalb der Kapitalverbrechen ist die Gesellschaft viel zu nachlässig … Wir wollen die Polizei mit deutlich mehr Mitteln ausstatten und die Gerichte sollen imstande sein, sehr viel härtere Urteile zu fällen."

Immer wieder zeigt Lucke, dass er flexibel genug ist, um im politischen Geschäft zu überleben. Während des Wahlkampfs drängen die Rechtskonservativen in der AfD darauf, dass die Partei einen EU-Beitritt der Türkei ablehnt. Diesmal legt Lucke ein Veto ein, aber nicht etwa aus Überzeugung, sondern aus taktischem Kalkül:

„Bitte machen Sie keine Pressemitteilung zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei", schreibt er am 24. Juni an Vorstandskollegen. „Wir haben da keine Position zu, aber wir haben vor, die Deutsch-Türken als spezielle Wählergruppe zu avisieren. Kritik an Griechenland kommt bei ihnen gut an, und man kann in dem Zusammenhang die Türkei loben. Also dürfen wir sie jetzt nicht verärgern."

Luckes Verhältnis zum rechten Rand ist ambivalent: Einerseits will er dort Wähler gewinnen, andererseits soll die AfD nicht als rechtspopulistische Partei erscheinen. Es ist ein Spagat, der zusehends misslingt.

Datum: 9. Dezember 2013, 15.48 Uhr
Von: Bernd Lucke
An: Hans-Olaf Henkel und andere
Betreff: RE: Europa-Programm der AfD

„Lieber Herr Henkel, nur kurz ein Zwischenruf zur Türkei: Sie wissen, dass ich da auch eine eher positive Haltung habe, aber ich denke, es ist wichtig, der Türkei die Niederlassungsfreiheit nicht zuzugestehen. Ich kann mir eine EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht vorstellen, wenn 80 Millionen Türken im Prinzip überall in der EU ansässig werden können … Solange die EU aber in ihrer jetzigen Form besteht, ist ein EU-Beitritt der Türkei nicht sinnvoll."

Bereits am 18. März 2013 schreibt Lucke: „Liebe Freunde, wir erleben immer mehr, dass man versucht, uns in die rechte Ecke zu drängen, Stichwort Rechtspopulisten. Das war heute auf der Pressekonferenz ganz deutlich und spiegelt sich auch in der teilweise überaus tendenziösen Berichterstattung. Ich bin nun Mittwochabend bei ‚Anne Will'. Mir ist bereits angekündigt worden, dass ich dort auch mit einer Frage zu unserer Abgrenzung nach rechts ‚konfrontiert' werde. (Wer weiß, was sie da ausgegraben haben). Ich möchte gerne antworten können, dass wir bei der Aufnahme von Mitgliedern sehr streng vorgehen und klare Richtlinien haben."

Lucke verlangt, dass der Vorstand alle ehemaligen Mitglieder von NPD, DVU und Republikanern abweist und darüber hinaus alle Anwärter, die mit ausländerfeindlichen, islamfeindlichen oder antisemitischen Äußerungen aufgefallen sind.

Doch die Satzung, beschlossen auf dem Gründungsparteitag Mitte April 2013, klingt dann viel weniger streng. Sie sieht lediglich eine Einzelfallprüfung vor für Mitglieder aus Organisationen, „welche durch deutsche Sicherheitsorgane als extremistisch eingestuft" werden. So steht die Tür zur AfD doch vielen Extremisten offen.

Neben dem juristischen Filter fehlt der AfD in der Gründungsphase auch die Kapazität, jedes Neumitglied zu prüfen. Alle sechs Minuten trete jemand bei, berichtet der Mitgliedsbeauftragte in einer Vorstandssitzung im Frühjahr 2013 stolz.

Von der rechtsradikalen Splittergruppe „Die Freiheit" wird die AfD regelrecht unterwandert. Sie war im Oktober 2010 von dem ehemaligen Berliner CDU-Politiker René Stadtkewitz gegründet worden und machte vor allem mit islamfeindlichen Sprüchen von sich reden. Die Partei zerlegte sich bald in internen Flügelkämpfen, und im Frühjahr 2013 waren viele Freiheit-Mitglieder auf der Suche nach einer neuen politischen Bleibe.

Anfang April erreicht Lucke die Anfrage, ob ein Vorstandsmitglied der Freiheit einen Gästeplatz für den AfD-Gründungsparteitag am 14. April in Berlin haben könne. Immerhin handle es sich um einen Freund von AfD-Mitinitiatorin Beatrix von Storch. Lucke antwortet umgehend: „Nein. Da bin ich strikt dagegen. Die Freiheit ist eine klar islamfeindliche Partei. Deren Funktionäre will ich nicht auf unserem Parteitag haben." Doch Luckes Mahnung wird überhört, vielleicht auch, weil er selbst sich nicht konsequent an sein Embargo hält: Eine ehemalige Freiheit-Aktivistin lässt er etwa die Facebook-Seite der AfD betreuen, später wird er sie sogar in seinem Abgeordnetenbüro als Assistentin anstellen.

Überläufer der Splitterpartei sitzen bald in den Landesvorständen von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem Frauke Petrys Landesverband Sachsen zieht die Islamgegner an: Noch im Bundestagswahlkampf werden in Sachsen aus früheren Freiheit-Landesvorständen über Nacht verdiente Funktionsträger und Wahlkampfhelfer. In Petrys Landesvorstand sitzt mit Uwe Schuffenhauer heute ein früherer Landesvize der Freiheit, ein anderer dient ihr als Pressesprecher.

Am 30. September 2013, eine Woche nach der Bundestagswahl, verkündet Freiheit-Gründer Stadtkewitz, seine Partei werde nicht mehr bei Wahlen antreten: „Es muss die Partei die optimalen Startbedingungen erhalten, die die größte Erfolgschance hat, Politik in unserem Sinne gestalten zu können, und dies ist die Alternative für Deutschland." Ohnehin seien schon einige Hundert seiner Leute zur AfD übergelaufen, schätzt Stadtkewitz. Nun



FOTO: STEFAN BONESS / VISUM

Buchautor Sarrazin bei einer Podiumsdiskussion 2014 in Berlin: Den Provokateur einspannen

mögen bitte alle Lucke wählen. Dem wird die Sache unheimlich. „Angesichts der Meldungen über ein nahes Ende der Partei Die Freiheit empfehle ich, in den zuständigen Gebietsvorständen einen allgemeinen Aufnahmestopp für frühere Mitglieder dieser Partei zu beschließen“, mailt er am 1. Oktober an die Landesvorsitzenden. Ausnahmen solle es nur in Einzelfällen geben. Luckes einsamer Beschluss wird sogleich per Pressemitteilung verkündet. Die Medien reagieren positiv, die Vorstandskollegen weniger.

„Ich habe von der PM aus der Presse!!! erfahren und bin ziemlich sauer!“, beschwert sich Frauke Petry in einer Mail bei einem engen Mitstreiter in Sachsen. Der schreibt umgehend an Lucke: „Diese PM mag taktisch (‚rechte Ecke‘) gerechtfertigt sein, strategisch wird sie uns unendlich schaden. Gerade wir in Sachsen haben von der Freiheit bislang nur positive Resonanz, ja Unterstützung gerade im Wahlkampf erfahren; jetzt stoßen wir genau die vor den Kopf, die in uns Hoffnungsträger sahen.“ Petry und Gauland legen öffentlich nach: Lucke habe gar nicht die Befugnis, solche Vorgaben zu machen.

Damit ist der Streit angelegt, der bis heute anhält und die Partei in die Spaltung treiben könnte: die Abgrenzung nach rechts und die Alleingänge Luckes. In den folgenden Tagen ringt der AfD-Vorstand um eine gemeinsame Position zu den Rechten. Lucke beklagt sich bei den Vorstandskollegen, sie fielen ihm in den Rücken.

Petry beschwert sich ihrerseits über Luckes Alleingang: „Ich verstehe emotional, dass du offenbar unter Druck gewesen bist, aber du hast am vergangenen Dienstag noch nicht einmal den Versuch unternommen, dich mit irgendeinem Vorstandsmitglied abzusprechen … Wenn wir nicht ganz schnell zu einer gemeinsamen Führung der Partei finden, wird dies nicht der letzte Schaden dieser Art gewesen sein.“

Am Ende steht ein langes Telefonat zwischen Lucke und Petry – und eine neue Pressemitteilung, die „völlige Übereinstimmung“ der Vorstände verkündet. Das Wort Aufnahmestopp taucht darin nicht mehr auf, jetzt sollen Überläufer nur noch „im Regelfall“ abgewiesen werden. Es ist die erste große Niederlage, die Lucke einstecken muss.

Der Zwist in der Führung wird zunächst durch den Triumph bei der Europawahl überdeckt. Am 25. Mai 2014 holt die AfD 7,1 Prozent; Lucke, der die Partei bisher ehrenamtlich geführt hat, zieht als Abgeordneter in das Brüsseler Parlament ein. Aber lange währt der Frieden nicht. Lucke will seine Rivalen mit Formalien entmachten. Sein Instrument ist eine neue Satzung für die AfD: „Eine Partei unserer Größe kann nicht durch drei ehrenamtliche Vorsitzende geführt werden. Wir müssen uns professionalisieren“, sagt er der „Frankfurter Allgemeinen“ im November 2014.

Alles selbst regeln zu dürfen, nicht mehr „amateurhaft und auf Zuruf“, das wäre eine Erleichterung für Lucke, der ohnehin nur der eigenen Kompetenz vertraut. Er hat genug von E-Mail-Debatten, fühlt sich gelähmt von der Pflicht, jeden Schritt mit zwei Co-Vorsitzenden abstimmen zu müssen. Wozu hat er Nächte durchgearbeitet, zerstrittene Landesverbände bereist, die Partei zusammengehalten? Jetzt will er sie auch offiziell lenken, assistiert von einem angestellten Generalsekretär seiner Wahl.

Aber dieses Modell klingt der Basis verdächtig nach „Altpartei“, nach Merkel und ihren Gehilfen. Schon auf einem Parteitag im Frühjahr 2014 hatte Lucke mit seiner Wunschsatzung eine Niederlage erlebt. Jetzt, auf dem Parteitag Ende Januar, will er einen zweiten Anlauf wagen – aber dieses Mal stellen sich ihm die Vorstandskollegen in den Weg.

Petry und Gauland orchestrieren den Widerstand. Sie wissen um ihre Stärke. Bei ihren Landtagswahlen feierten sie Erfolge, mit Landesverbänden, die sie als Alleinherrscher führen. Sie haben bewiesen, dass es für die AfD auch ganz ohne Luckes Eurothema gehen kann, nur mit Parolen gegen Asylbetrüger, Moscheen und Einbrecherbanden aus Polen und Tschechien. Lucke musste von seinem winzigen Abgeordnetenbüro in Brüssel aus beobachten, wie sich die ostdeutschen Landesfürsten profilierten und verbündeten.

„Lucke ist ein Bürger, und er hat fürchterliche Sorge, dass die Partei ins Unbürgerliche abkippt“, sagt Alexander Gauland. Er sitzt in einem grünen Tweedsakko in einem Restaurant in Potsdam, und an seinem spöttischen Lächeln sieht man, dass ihn diese Sorge nicht umtreibt. Für Gauland ist die AfD ein Abenteuerspielplatz. Er wurde in der alten, krachkonservativen Hessen-CDU groß, die sich in den Achtzigerjahren neben Franz Josef Strauß als letzte Bastion im Kampf gegen den Sozialismus sah. Später wurde auch Gauland ruhiger, führte ein beschauliches Leben als Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen“ und zog nach Potsdam. Er schrieb zitatensatte Bücher über das Leben als Konservativer.

Die AfD hat den politischen Haudegen Gauland wachgeküsst. Wenn man mit ihm spricht, dann wird klar, dass Lucke zu einem Getriebenen seiner eigenen Partei geworden ist. Lucke wollte den rechten Rand bedienen, weil es dort Stimmen zu holen gibt. Für Gauland ist der rechte Rand die Heimat. Er ist Überzeugungstäter.

In Brandenburg liegt der Ausländeranteil bei zwei Prozent, dennoch machte der AfD-Spitzenkandidat Gauland im Landtagswahlkampf die Angst vor Überfremdung zum großen Thema. Politik hat für ihn nichts mit der Realität zu tun, sondern mit dem Gefühl der Leute. Wenn Brandenburger und Sachsen Angst vor der Scharia haben, dann will Gauland sie ihnen nicht nehmen, sondern damit spielen. Frauke Petry sieht das ähnlich.

Gauland schätzt Lucke, das ist nicht die Frage. Er sieht ja, wie sich der Professor abmüht. Lucke trinkt am liebsten Orangensaft, während Gauland manchmal schon zum Mittagessen zwei Viertel Rosé trinkt. Er sieht Lucke als „Kontrollfreak“, als eifrigen Referenten für die Europolitik, klug und beredt, dem aber das letzte Quäntchen Ruchlosigkeit fehlt.

Gauland und Petry haben auch keine Scheu, die merkwürdigen Gestalten zu hofieren, die sich montags in der Dresdner Innenstadt versammeln und unter dem Namen Pegida durch die sächsische Hauptstadt ziehen. „Unsere natürlichen Verbündeten“ nennt Gauland sie. Petry lädt die Pegida-Organisatoren gar zum Treffen mit ihrer Fraktion ein. Beide nehmen in Kauf, dass mit dieser Bewegung wirre Verschwörungstheorien in die AfD Einzug halten.

Auch Lucke will die Pegida-Leute als Wähler. Deren Thesen seien doch gar nicht so schlimm, mailt er am 10. Dezember an Vertraute. „Solange Pegida zu diesen Forderungen steht (und sich nicht von Rechtsradikalen instrumentalisieren lässt), gibt es für die AfD keinen Grund, diese Leute auszugrenzen.“ Nur einen Kritikpunkt sieht er: „Was sie allerdings unbedingt tun sollten: Ihren törichten Namen ändern.“

Doch anders als Petry und Gauland will Lucke nicht, dass die Pegida-Ideologien in die Partei sickern. Die Populisten sollen AfD wählen, nicht in der AfD mitmischen. Lucke will mit dem Teufel paktieren, aber nicht nach Schwefel riechen.

Datum: 19. Februar 2014, 01.14 Uhr
Von: Bernd Lucke
An: Bundesvorstand AfD
Betreff: Könnte sich der Buvo bitte beteiligen?

„Liebe Freunde, ich fühle mich ein wenig allein gelassen. Wir haben einen großen Parteitag vor uns. Wir wollen unsere Satzung erneuern. Dafür habe ich Ihnen einen Entwurf geschickt mit der Bitte, ihn als Bundesvorstandsmitglieder zu unterstützen. Termin war Dienstag 24.00 Uhr. Außer Frau Casale hat keiner es für nötig gehalten, zu antworten. … Ich bitte Sie als Buvo-Mitglieder, die Vorlagen, sofern Sie einverstanden sind, auch zu unterstützen.“

Am 1. November 2014 verfasst Lucke eine Rundmail an die Basis, die mit den Verschwörungstheorien aufräumen soll, die in seiner Partei umlaufen. „Liebe Freunde“, schreibt er an die AfD-Sprecher, „hier mein Textvorschlag … Wir lehnen jede Form des politischen Extremismus ab, jede Form von Ausländerfeindlichkeit, jede Form der religiösen Intoleranz und jede Diskriminierung von Minderheiten. Und wir lehnen alles das ab, was in zweifelhaften Internetquellen als grundsätzliche Systemkritik oder Aufdeckung vermeintlicher Verschwörungen daherkommt.“ Lucke zählt die kruden Ideen auf, die bei den AfD-Anhängern kursieren. Er schreibt:

„Angeblich müsse unser Wirtschaftssystem zusammenbrechen, weil es Zins und Zinseszins gebe. Angeblich werde die Bundesregierung durch den Verschwörerkreis der sogenannten Bilderberger gesteuert … Angeblich seien amerikanische Banken oder andere Bösewichter die Strippenzieher des Weltgeschehens und die demokratischen Regierungen des Westens nur deren Marionetten … Angeblich sei die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht existent, sondern eine in Frankfurt am Main registrierte GmbH.“

Die AfD müsse klarstellen, dass solche Ansichten grober Unfug und nicht Teil der Parteiprogrammatik seien. Doch sogar solche Selbstverständlichkeiten wollen Luckes Vorstandskollegen nicht mehr aussprechen. Sie könnten ja Wählerstimmen kosten. Wenig später, auf einer Klausurtagung in Regensburg, stoppen die Vorstandskollegen Luckes Vorstoß.

Lucke erkennt, dass ihm die Macht in der AfD entgleitet. Er setzt alles auf den Parteitag Ende Januar, der die Satzung ganz auf ihn als alleinigen AfD-Chef zuschneiden soll. Wenn sich die Vorstandskollegen verweigern, will er eben die AfD-Basis direkt als Verbündete gewinnen. Am 23. Dezember lässt Lucke den Bundesvorstand wissen, dass er zur Vorbereitung des Parteitags alle AfD-Kreisvorsitzenden zum Treffen nach Frankfurt einladen wird. Die Vorstandskollegen könnten ja dazustoßen.

Gauland und Petry sind empört. Sie befürchten, dass Lucke es so schaffen könnte, die nötige Zweidrittelmehrheit für die Satzungsänderung zu erreichen. Wütende Anrufe gehen hin und her, Gauland und Petry werfen Lucke vor, den Vorstand übergangen zu haben. Doch Lucke bleibt hart. An Heiligabend schreibt er erneut eine Mail an die Parteispitze.



Privatmann Lucke in seinem Arbeitszimmer*

„Es ist keine Schande, sich ein paar Butterstullen mitzubringen“

Das Treffen mit der Basis sei nötig, weil ihn Vorstandskollegen öffentlich demontiert hätten. „Die Rufschädigung, die von manchen Kreisen in der Partei betrieben wird, will ich nicht tatenlos hinnehmen. Ich werde weiter auf öffentliche Äußerungen verzichten, aber ich will zumindest mit unseren Funktionsträgern im geschlossenen Kreis sprechen können. Deshalb lade ich zu einer Kreisvorsitzendenkonferenz ein.“

Gauland, Petry und drei andere Spitzenleute der AfD schicken Lucke daraufhin am Neujahrstag eine Protestnote, die einer Abrechnung gleichkommt: „Wir schreiben Ihnen heute aus Sorge um die Einheit der Partei, die so wichtig für die politische Landschaft in Deutschland ist. Jenseits von CDU und an der Stelle der FDP braucht es eine bürgerliche Partei. Eine zweite Chance wird es auf absehbare Zeit nicht mehr geben. Und, lieber Bernd Lucke, betrachten Sie es als Kompliment: Was Sie im richtigen Moment mit wenigen Mitstreitern gegründet haben, ist eine veritable, große Partei geworden. Es ist also nicht mehr nur *Ihre* Partei, wie Sie es oft betonen, sondern die von Zigtausenden.“

Lucke, so heißt es in dem Schreiben, könne die Partei nicht mehr nach Gutsherrenart führen. Aber es geht nicht nur um Stilfragen. Gauland und Petry machen Lucke deutlich, dass es ihnen nicht reicht, nur um rechte Wähler zu werben. Sie wollen die ganze AfD nach rechts verschieben:

„Wir haben durch die letzten Wahlen unsere Parteibasis enorm verbreitert. Es sind Menschen zu uns gestoßen, die nicht allein Alternativen zum Euro suchen, sondern auch zu vielen anderen Fehlentwicklungen in unserem Land. Es sind Menschen, die Zuwanderung nicht allein nach wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern auch im Sinne einer kulturellen Verträglichkeit gesteuert sehen möchten. Es sind Menschen, die eine islamische Überfremdung fürchten, und solche, die sich ein europäisches Haus nicht gegen Russland wünschen. Dies alles, lieber Bernd Lucke, sind Themen, die *eine* Persönlichkeit allein nicht glaubwürdig repräsentieren kann, vor allem dann nicht, wenn sie diese nicht inhaltlich vertritt.“

Kurz: Lucke möge sich in seine Euro-Nische trollen.

Der AfD-Frontmann steht mit dem Rücken zur Wand. Am 11. Januar kommt es zu einem Geheimtreffen in Berlin. Lucke bringt seine letzten prominenten Unterstützer mit, Hans-Olaf Henkel und den Berliner Landeschef Günter Brinker. Ihm gegenüber haben Petry, Gauland und der EU-Abgeordnete Marcus Pretzell Platz genommen. Misstrauen und Ablehnung sitzen so tief bei den Kontrahenten, dass sie das Satzungsthema anfangs gar nicht ansprechen. Stunden später trennt man sich ohne Ergebnis.

In der Partei werden nun Kompromisse gesucht, die das Gesicht aller Beteiligten wahren. Denkbar ist eine Doppelspitze aus Lucke und Petry, mit dem vagen Versprechen, Lucke bekomme später den alleinigen Parteivorsitz.

Auf keinen Fall will Lucke die Partei Gauland und Petry überlassen, die aus ihr eine Heimat für Nationalkonservative, aber auch für Eiferer und Verirrte machen wollen. Aber wer sich durchsetzt, ist ungewiss. Längst mobilisieren beide Lager ihre Truppen, Petry subventioniert ihren Mitgliedern gar die Anreise zum Parteitag. „Ich hoffe auf Ihre zahlreichen Buchungen, damit unser Landesverband in Bremen stark vertreten ist und wir erfolgreich für unsere Satzungspositionen kämpfen können“, mailt ihr Generalsekretär den Mitgliedern.

Lucke merkt, wie einsam es um ihn geworden ist. Öffentliche Kritik sei er gewohnt, schreibt er im Dezember an den Vorstand: „Aber ich nehme doch enttäuscht zur Kenntnis, dass nirgendwo ein einziger Funktionsträger der AfD aufgetreten ist, der mich öffentlich verteidigt hätte.“

Melanie Amann, René Pfister

Video:
Die Lucke-Mails

spiegel.de/sp42015afd
oder in der App DER SPIEGEL

* Im April 2014 in seinem Wohnhaus in Winsen an der Luhe.

FOTO: SVEN DÖRING / AGENTUR FOCUS